

**Anmerkung:** Die schriftlichen Antworten sind wörtlich wiedergegeben. Die Reihenfolge in der Tabelle von links nach rechts bezieht sich auf den Zeitpunkt, zu dem die Antworten eingegangen sind (also die FDP hat am frühesten geantwortet usw.)

Die gestellten Fragen	FDP	SPD	Freie Wähler / ML	Linke	Grüne	CDU
<p><b>1. Barrierefreie Mobilität</b></p> <p><b>1a) Haltestellen des Öffentlichen Nahverkehrs</b></p> <p>Die Straßenbahnhaltestellen Rathaus, Hauptfriedhof, Paradeplatz Richtung Schloss, Fernmeldeturm, Duale Hochschule und Franklin sind prioritär barrierefrei herzustellen. Digitale Anzeige mit Sprachausgabe auf Anforderung wird an jeder Haltestelle installiert. Jede Haltestelle erhält ein überdachtes Wartehäuschen und eine Sitzbank mit Rücken- und Armllehne. Für den barrierefreien Umbau von Bushaltestellen werden im nächsten Haushalt der Stadt erheblich höhere Mittel zur Verfügung gestellt. Würde das bisherige „Ausbautempo“ beibehalten, dürften weitere 100 bis 200 Jahre vergehen.</p>	<p><b>Ja.</b></p> <p><b>Anmerkung:</b> Das Ausbauprogramm für die Haltestellen wird im Aufsichtsrat der MVV GmbH und RNV diskutiert, dort ist die FDP seit einigen Jahren nicht mehr vertreten. Der Gemeinderat hat mit der Beschluss V178/2017 zwar bis zu 1 Mio. für die Planungen bereitgestellt, die aktuellen Planungen kennt der</p>	<p><b>Ja</b></p> <p><b>Anmerkung:</b> Welche Haltestellen als nächste dran sind, darauf haben wir nur bedingt einen Einfluss, weil es in den Entscheidungsbereich des Verkehrsverbundes fällt.</p>	<p><b>Ja</b></p>	<p><b>Ja</b></p> <p><b>Anmerkung:</b> Die Forderung zu den Umbauten der Haltestellen ist sehr gut und richtig. Diese Forderung zu den einzelnen Haltestellen wird wohl auch noch bei den übernächsten Kommunalwahlen zu stellen sein, da die Stadt und die RNV komplett andere Zeitschienen vor Augen haben.</p>	<p><b>Ja</b></p> <p><b>Anmerkung:</b> Zustimmung bei der Priorisierung, schneller sollten wir auch werden, wir brauchen dazu aber auch entsprechende Absprachen mit RNV.</p>	<p><b>Ja</b></p> <p><b>Anmerkung:</b> Die CDU-Gemeinderatsfraktion setzt sich mit großem Engagement seit Jahren für den barrierefreien Haltestellenausbau ein. Das Investitionsprogramm muss konsequent weitergeführt werden. Der Oberbürgermeister wird am 1.10.2019 Den Etatentwurf in den Gemeinderat einbringen. Erst danach wissen wir ob</p>

	Gemeinderat nicht.					für 2020/2021 zusätzliche Mittel für den Barrierefreie Umbau von Bushaltestellen bei den nächsten Etatberatungen beantragt werden muss. Hierzu wird die CDU-Gemeinderatsfraktion mehrere Etatklausuren im Herbst durchführen.
<b>1b) Fahrzeuge (Busse, Bahnen, S-Bahn)</b> Behindertenverbände werden bei Neuanschaffungen von Fahrzeugen im Bereich des Verkehrsverbundes Rhein-Neckar rechtzeitig vor der Ausschreibung von den zuständigen Verkehrsbetrieben angehört und einbezogen (Abstimmung über ein barrierefreies Anforderungsprofil). Anmerkung: Die gleiche Frage wurde bereits zu den Kommunalwahlen 2014 gestellt: Mannheimer Liste, FDP, SPD, Linke und Grüne im Gemeinderat antworteten alle mit „Ja“. In der Ausschreibung zu den neuen Straßenbahnen (RNT2020) wurde die AGB aber NICHT einbezogen!	<b>Ja.</b> <b>Anmerkung:</b> Die Ausschreibung der Stadtbahnen wurde im Aufsichtsrat diskutiert, in dem die FDP leider keinen Sitz hat. Wir arbeiten daran, mit	<b>Ja</b> <b>Anmerkung:</b> Das ist bei der Stadt angekommen. Daran werden und müssen wir arbeiten!	<b>Ja</b> <b>Anmerkung:</b> -> Siehe Seite 6 <b>Ergänzung AGB:</b> (= <i>Hinweis auf die Frage 7 der WPS, siehe dort</i> )	<b>Ja</b> <b>Anmerkung:</b> So weit ich den zuständigen Sachbearbeiter bei der RNV verstanden habe, wurde dem Lastenheft die Vorstellungen der AGB beigefügt.	<b>Ja</b> <b>Anmerkung:</b> Die mangelhafte Einbeziehung der AGB bei der letzten Ausschreibung ist mehr als unbefriedigend.	<b>Ja</b> <b>Anmerkung:</b> Alle Behindertenverbände einschl. der AG Barrierefreiheit waren zur Erstellung des Lastenheftes für die RNV-Neubestellungen eingeladen.

	<p>stärkerer Stimme im nächsten Gemeinderat vertreten zu sein. Nach gekannt werden der Vergabeentscheidung hat die FDP im Gemeinderat in der Anfrage 001/2019 den Sachverhalt aufgenommen u.a. nach dem Stellenwert der UN-Behindertenrechtekonvention in den Aufsichtsgremien gefragt.</p>			<p>Allein der Bewerber für die Ausschreibung der neuen Straßenbahnen hat diese Vorschläge quasi nicht mit berücksichtigt bei seinen Planungen für den Bau von Straßenbahnen. Insofern muss es bei zukünftigen Ausschreibungen ein „must“ werden, dass die AGB schon in der Planung mit an den Tisch kommt, was behindertenspezifische Belange angeht.</p>		<p>Das Lastenheft wurde im Sinne von Mobilitätsverbesserungen, auch in den Fahrzeugen deutlich nachgebessert.</p>
<p><b>1c) Bordsteine und Blindensignalanlagen</b> Die Verwaltung stellt den Behindertenverbänden und weiteren Interessierten eine Liste von Kreuzungen und wichtigen</p>	<p><b>Ja.</b> <b>Anmerkung:</b> Mit der „Beauftragten</p>	<p>Ja</p>	<p><b>Anmerkung:</b> Vgl. Antrag Nr. 181/2018 (Anlage)</p>	<p>Ja</p>	<p><b>Ja</b> <b>Anmerkung:</b> Ein gutes Thema auch</p>	<p><b>Ja</b> <b>Anmerkung:</b> Die Information</p>

<p>Straßenquerungsbereichen zur Verfügung, die noch nicht nach jeweils geltender DIN hergestellt sind. Es wird eine städtische Stelle mit Kontaktdaten benannt, an die sich Betroffene mit ihren Vorschlägen wenden können.</p>	<p>für die Belange der Menschen mit Behinderung, Rathaus E5, 68159 Mannheim“ hat die Stadt Mannheim bereits eine solche städtische Stelle. Laut Aufgabenbeschreibung soll diese Stelle Stellungnahmen, Berichte und Konzepte, Projekte und Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von Menschen mit Behinderung entwickeln.</p>		<p><b>Ergänzung</b>  <b>AGB: Der Antrag fordert ein barrierefreies Blinden-Leitsystem in den Planken, am Paradeplatz sowie an der Haltestelle Rathaus.</b></p>		<p>für eine Zusammenarbeit mit den einzelnen Bezirksbeiräten.</p>	<p>an die Behindertenverbände zu geben ist die dauerhafte Aufgabe der Fachverwaltung. Ein zusätzlicher Personalaufbau bei der Verwaltung ist dazu nicht erforderlich. Die Kommunalpolitik und die Verwaltung der Stadt erwarten, dass die betroffenen Behindertenverbände ihre konkreten Anliegen an die Politik/Fraktionen und Verwaltung herantragen.</p>
<p>1d) Behindertenfahrdienst für Schwerstgehbehinderte</p>	<p>Ja.  <b>Anmerkung:</b></p>	<p>Ja  <b>Anmerkung:</b></p>	<p>Ja</p>	<p>Ja</p>	<p>Ja  <b>Anmerkung:</b></p>	<p>Ja  <b>Anmerkung:</b></p>

<p>Die Stadt Mannheim wird aufgefordert sicherzustellen, dass die Anbieter von Fahrdiensten Rollstuhlsitztransporte für schwerstgehbehinderte Menschen zu den gleichen Zeiten wie im öffentlichen Nahverkehr zur Verfügung stellen. Die Vorbestellzeiten sind erheblich zu reduzieren, eine durchgehende Erreichbarkeit auch an Wochenenden und feiertags ist seitens der Fahrdienstanbieter zu garantieren. Personen mit dem Merkzeichen „H“ wie hilflos werden in den Kreis der Berechtigten des Schwerbehinderten-Beförderungsdienstes aufgenommen.</p>	<p>Der Gemeinderat hat mit dem Beschluss 651/2018 eine Summe von 50.000 € als Zuschuss für die Taxiunternehmen zur Anschaffung inklusiver Taxen beschlossen. Die Taxifahren sind deutlich flexibler und kostengünstiger als die Tarife der Sonderfahrdienste. Damit stünde eine dauerhafte Alternative zu den Sonderfahrdiensten zur Verfügung, die auch außerhalb der Zeiten des</p>	<p>Wir wollen, dass neben den regulären Taxen ein Angebot an Rollitaxen besteht, die wie jedes andere Taxi auch angerufen werden können. Die SPD ist dazu schon lange mit Anbietern im Gespräch.</p>			<p>Wir erhoffen uns eine positive Dynamik bei den entsprechenden Fahrdienstanketern durch die Entwicklung beim persönlichen (Teilhabe-) Budget, bzgl. Thema „H“ siehe Antwort zu 4g).</p>	<p>Behindertenauweise werden von den zuständigen Fachstellen der Gebietskörperschaften ausgestellt und unterliegen den gesetzlichen Regelungen. Hierfür hat die Verwaltung der Stadt Mannheim kein separates Gestaltungspotential für den Stadtkreis Mannheim. "H"-Betroffene sind vielfach mit "B" Hilfeleistungen gekoppelt. Inwieweit die bisherigen Beförderungslösungen</p>
--	---	--	--	--	---	--

	<p>öffentlichen Nahverkehrs einsatzbereit wäre.</p>					<p>ausgeweitet werden können, muss der Gemeinderat bei den kommenden Etatberatungen entscheiden. Der Gemeinderat hat aktuell Mittel bewilligt, damit Taxiunternehmen Zuschüsse bekommen, wenn Sie ein Fahrzeug anschaffen, das Rollstühle aufnehmen kann. Damit sind Menschen, die ihren Rollstuhl nicht eigenständig verlassen können zukünftig nicht</p>
--	---	--	--	--	--	--

						mehr auf Sonderfahrdisse angewiesen.
<p><b>2. Bauen und Wohnen</b></p> <p><b>2a) Umsetzung Barrierefreiheit bei Neubauten, Umbauten und Sanierungen</b></p> <p>Die geltenden Bestimmungen der DIN und die Landesbauordnung sind bei allen künftigen baulichen Maßnahmen strikt umzusetzen. Die jeweilige Genehmigungsbehörde kontrolliert vor Abschluss der jeweiligen Maßnahme deren barrierefreie Umsetzung. Dazu sind Behindertenverbände wie die AG Barrierefreiheit und der Badische Blinden- und Sehbehindertenverein sowie die Beauftragte für Menschen mit Behinderung beratend hinzuzuziehen. Widerspruch einer der Verbände oder die Behindertenbeauftragte, so wird keine Abnahme erteilt.</p> <p>Es dürfen insbesondere in der Gastronomie keine Ausnahmegenehmigungen mehr erteilt werden, wenn barrierefreie Standards nicht eingehalten werden.</p>	<p><b>Ja</b></p> <p><b>Anmerkung:</b> Auch mit Hilfe unseres Antrags 478/2015 konnte zum Beispiel die fehlende Barrierefreiheit des Billingbau in der Kunsthalle Mannheim verwirklicht werden.</p>	<p><b>Ja</b></p> <p><b>Anmerkung:</b> Grundsätzlich müssen alle Beteiligten einbezogen werden. Nach unserem Willen soll es keine Ausnahmen mehr geben.</p>	<b>Ja</b>	<b>Ja</b>	<p><b>Kommentar:</b> Wünschenswert, aber rechtlich schwierig da vom Gemeinderat nur bei städtischen Maßnahmen zu beeinflussen, hierfür Zustimmung.</p>	<p><b>Anmerkung:</b> Die rechtlichen Vorgaben müssen von der Verwaltung eingehalten werden. Die kommunale Behindertenbeauftragte ist generell in das Handeln der Verwaltung eingebunden. Sie vertritt durch dauerhaften Austausch mit den Behindertenverbänden auch deren Interessen.</p>
<p><b>2b) Förderung des Barrierefreien Umbaus</b></p> <p>Die Stadt setzt für Mietwohnungen, für vom Vermieter selbstgenutzte Wohnungen sowie für genossenschaftliche Wohnungen das kommunale</p>	<p><b>Nein</b></p> <p><b>Anmerkung:</b> Vereine werden</p>	<p><b>Ja</b></p> <p><b>Anmerkung:</b> Wir haben die Verwaltung</p>	<b>Ja</b>	<b>Ja</b>	<p><b>Ja</b></p> <p><b>Anmerkung:</b> Wird bereits bei der</p>	<p><b>Ja</b></p> <p><b>Anmerkung:</b> Die Stadtverwal-</p>

<p>Förderprogramm zum barrierefreien Umbau auf Zuschussbasis fort und baut es weiter aus. Ehrenamtlich getragene Vereine und kleinere Unternehmen sollen von der Stadt darin unterstützt werden, die Gebäude barrierefrei umzubauen. Insbesondere Baugenossenschaften sollen verpflichtet werden, einen bestimmten Anteil ihrer Wohnungen barrierefrei herzustellen.</p>	<p>bereits kommunal gefördert, Sonderkredite und Zuschüsse für den Umbau von Privat- und Gewerbeimmobilien gibt es über Förderprogramme des Bundes (KfW Kredit und Zuschussprogramm 159 oder 455) und des Landes. Daher sollte die Kommune keine Parallelförderung aufbauen, sondern dort unterstützen, wo andere Programme nicht greifen. Die Herausforderung ist, mehr Wohnungen</p>	<p>aufgefordert, im Rahmen der jährlichen Berichterstattung zur Wohnungssituation auch über die Entwicklung der Anzahl barrierefreier Wohnungen zu berichten. Bei allen Neubaumaßnahmen der GBG achten wir darauf, dass möglichst auch barrierefreie Wohnungen errichtet werden.</p>			<p>Entwicklung auf den Konversionsflächen thematisiert.</p>	<p>ng ist in diesem Sinne bereits tätig. Dies wird von der CDU unterstützt.</p>
--	--	--	--	--	---	---



	<p>barrierefreie und bezahlbar herzustellen. Wir sehen hier insbesondere die städtische Wohnungsbau gesellschaft in der Pflicht.</p>					
<p><b>2c) Wohnungen müssen barrierefrei und bezahlbar sein</b>                  Die Verwaltung wird beauftragt, unter Einbeziehung und Federführung der städtischen Behindertenbeauftragten und in Zusammenarbeit mit den Behindertenverbänden sowie den wohnungspolitischen Akteuren ein Konzept für eine zentrale Beratungsstelle vorzulegen. Teil einer solchen Beratungsstelle soll eine internetbasierte Wohnungsbörse für barrierefreie und barrierearme Wohnungen sein. Die Beratungsstelle ist so auszustatten, dass sie über ausreichend behinderten- und wohnungspolitische Kompetenz verfügt und soll bei der Behindertenbeauftragten angesiedelt sein. Die Anstellung einer/eines Fachplaners/in Barrierefreiheit sollte erwogen werden. Die Stadt stellt entsprechende zusätzliche personelle Ressourcen zur Verfügung.</p>	<p><b>Ja</b></p>	<p><b>Ja</b>  <b>Anmerkung:</b>                  Wir hatten schon einmal eine entsprechende Stelle beantragt. Derzeit gibt es Beratungsmöglichkeiten beim Fachbereich Arbeit und Soziales sowie im Fachbereich Städtebau. Wir werden das Anliegen aber erneut aufgreifen. Es wird uns nicht wirklich</p>	<p><b>Ja</b>  <b>Anmerkung:</b>                  Siehe Seite 6 <b>Ergänzung</b>  <b>AGB: Siehe unter Punkt 7</b></p>	<p><b>Ja</b>  <b>Anmerkung:</b>                  Dieser Punkt findet sich auch im Wahlprogramm von „DIE LINKE“ wieder.</p>	<p><b>Ja</b>  <b>Anmerkung:</b>                  Sehr sinnvoll und wünschenswert.</p>	<p><b>Ja</b>  <b>Anmerkung:</b>                  Für den Wohnungsbau werden Investoren benötigt, keine zusätzlichen Verwaltungsmitarbeiter. Die CDU-Gemeinderatsfraktion setzt sich seit Jahrzehnten für einen subjektgeführten Wohnungsbau in unserer Stadt ein.</p>

		weiterbringen, wenn wir nur eine überschaubare Anzahl an barrierearmen oder -freien Wohnungen am Markt haben. Ziel muss es, wie oben gefordert, sein, bei jeder Ausbau- und Umbaumaßnahme zu schauen, bekommt man die Wohnung barrierefrei oder zumindest barrierearm hin.				
<p><b>2d) Selbstbestimmtes Wohnen</b>                  Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept auszuarbeiten, das den Grundsatz „Ambulant vor Stationär“ im Wohnbereich fördert. Dabei soll dem Aspekt selbstbestimmten barrierefreien Wohnens besondere Beachtung geschenkt werden. Der Ausbau betreuten Wohnens außerhalb von Einrichtungen sollte ebenfalls Zielsetzung sein.</p>	Ja	<p>Ja  <b>Anmerkung:</b>                  Mit dem BTHG ist ambulant vor stationär schon gesetzlich geregelt. Es</p>	Ja	Ja	<p>Ja  <b>Anmerkung:</b>                  „Ambulant vor stationär“ ist bereits sozialpolitische Leitlinie der Stadt. Muss</p>	<p>Ja  <b>Anmerkung:</b>                  Diese Aufgabe wird seit dem Jahre 2005 im FB 50 „Arbeit und Soziales“ geleistet.</p>

<p>Seitens der Stadt oder muss deutlicher kommuniziert werden, an wen sich Betroffene wenden können, um eine kompetente und unabhängige Beratung zur Inanspruchnahme eines Persönlichen Budgets zu erhalten.</p>		<p>schreibt gerade für Menschen mit Behinderung vor, dass es keine stationären Einrichtungen mehr geben darf. Auch die unabhängigen Beratungsstellen (EUTB) gibt es in Mannheim. Es sind Duha e.V. der badische Blinden- und Sehbehinderten-Verein und das Förderband.</p>			<p>aber auch bedarfsgerecht ausgestaltet werden, wir begleiten die Entwicklung der Inanspruchnahme eines persönlichen Budgets.</p>	
<p><b>3. Inklusion in Schulen und Kindertageseinrichtungen</b>  <b>3a) Artikel 24 der UN-Konvention</b>                  Obwohl Artikel 24 der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen dies vorschreibt, hat es beim gemeinsamen Besuch behinderter und nicht behinderter Kinder in Kindergärten, Schulen und Berufsausbildungsinstitutionen keine sichtbaren Fortschritte gegeben. Dies gilt für Baden-Württemberg (sogar ein Anstieg der</p>	<p><b>Ja</b>  <b>Anmerkung:</b>                  Die Eltern von Kindern mit Handicap müssen eine Wahlmöglichkeit haben, ob inklusive Beschulung oder</p>	<p><b>Ja</b>  <b>Anmerkung:</b>                  Aber hier sehen wir das Land besonders in der Pflicht – gerade bei den Schulen. So lange es kein Zwei-</p>	<p><b>Ja</b></p>	<p><b>Ja</b></p>	<p><b>Ja</b>  <b>Anmerkung:</b>                  Wir sehen in Mannheim durchaus Fortschritte, aber ohne Zweifel muss noch viel geschehen, v.a. im Bereich</p>	<p><b>Ja</b>  <b>Anmerkung:</b>                  Die Stadt Mannheim ist dabei Schulen für den Inklusiven Betrieb umzubauen. Auch das von der CDU-</p>

<p>„Exklusionsquote“) und auch für Mannheim. Die Stadt wird – auch im Austausch mit dem Land - initiativ, um die bestehende Stagnation zu überwinden und den Inklusionsprozess zu befördern.</p>	<p>Beschulung in einer Sonderschule für ihr Kind besser geeignet ist.</p>	<p>Pädagogen-Prinzip in einer Klasse gibt, kann Inklusion nur schiefgehen, und solange in den Kindertagesstätten die Gruppenzahl der Kinder nach oben korrigiert wird, werden auch hier die besonderen Kinder nur notgedrungen mitlaufen und es verlieren alle: man kann einem Kind, ob mit oder ohne Förderbedarf, nicht gerecht werden, wenn man an der Grundausstattung spart.</p>			<p>der Aus- und Weiterentwicklung von Fachpersonal.</p>	<p>geführten Bundesregierung massiv unterstützte 100 Mio. Euro Programm Schulbau ermöglicht die umgestaltung weiterer Schulen. Inklusion ist aber auch eine Personalfrage. Hierfür ist im Schulbereich das Land zuständig. Bei den Kindergärten und Krippen sind wir in Mannheim auf einem guten Weg, allerdings noch nicht am Ziel.</p>
<p><b>3b) Inklusion und Barrierefreiheit</b> Der barrierefreie Umbau von Schulen, Kindertageseinrichtungen und</p>	<p>Ja <b>Anmerkung:</b> In der letzten</p>	<p>Ja</p>	<p>Ja <b>Anmerkung:</b> vgl. Antrag</p>	<p>Ja</p>	<p><b>Anmerkung:</b> Bei jeder Neubau- und</p>	<p>Ja <b>Anmerkung:</b> Siehe auch</p>

<p>Berufsausbildungsinstitutionen muss beschleunigt werden.</p>	<p>Haushaltsberatungen haben wir uns z.B. mehrfach für den Barrierefreien Ausbau eines Rad- und Gehwegs zur Eugen-Neter-Schule ausgesprochen. Leider bisher ohne Erfolg, es gab nie eine Mehrheit für dieses Anliegen im Gemeinderat.</p>		<p>120/2019 (Anlage) <b>Ergänzung AGB:</b> <i>Der Antrag fordert die Herstellung eines barrierefreien Schulweges zur Eugen-Neter-Schule</i></p>		<p>Sanierungsmaßnahmen achten wir bereits darauf.</p>	<p>Antwort Frage 3a. Der Gemeinderat hat Mittel zur Verfügung gestellt. Die Verwaltung kommt aus unterschiedlichen Gründen mit der Abarbeitung nicht hinterher. Insbesondere beim Dezernat für Jugend und Bildung und beim Baudezernat müssen hohe Summen an Investitionsmitteln in die nächsten Haushalte übertragen werden, da sie nicht „verbaut“ wurden.</p>
<p><b>3c) Inklusion gibt es nicht umsonst</b> Die Stadt setzt sich dafür ein, dass alle</p>	<p>Ja</p>	<p>Ja Anmerkung:</p>	<p>Ja</p>	<p>Ja</p>	<p>Ja Anmerkung:</p>	<p>Ja Anmerkung:</p>

entsprechenden Einrichtungen mehr Fachpersonal in Regeleinrichtungen zur Verfügung stellen.		Aber das ist, wie oben geschrieben, nicht unbedingt primär die Aufgabe der Stadt, sondern des Landes				Bei Schulen ist das Land für das Personal zuständig.
<p><b>4. Freizeit, Kultur , Infrastruktur und Teilhabe</b>  <b>4a) Öffentliche Behindertentoiletten</b>  In jedem Stadtteil ist mindestens eine barrierefreie öffentliche Behindertentoilette vorzuhalten. Eine solche Toilette ist ausschließlich mit dem sog. EURO-Schlüssel für berechnigte Menschen mit Behinderung nutzbar und ist rund-um-die Uhr zugänglich. Die Verwaltung wird beauftragt, ein entsprechendes Konzept vorzulegen, in dem auch eine zeitliche Perspektive angegeben ist. Das sog. Konzept „Toiletten für alle“ wird auf kommunaler Ebene aktiv von der Stadt Mannheim unterstützt.</p>	Ja	<p>Ja  <b>Anmerkung:</b>  Die SPD hat schon vor Jahren in der Diskussion über den Abbau der öffentlichen Toiletten im Hauptausschuss gefordert, in jedem Stadtteil zentral eine Behindertentoilette zu erhalten. Leider waren wir die Einzigen, die das gefordert haben. Zu den</p>	Ja	Ja	<p>Ja  <b>Anmerkung:</b>  Für die gesellschaftliche Teilhabe extrem wichtiges Thema, wir fürchten nur, dass wir Zeit und Geduld brauchen, bis wir stadtweit eine befriedigende Situation haben werden.</p>	<p>Ja  <b>Anmerkung:</b>  Bei den Toiletten in Mannheim ist leider das Kernthema die Eindämmung von Vandalismus.</p>

		<p>„Toiletten für alle“ haben wir einen Antrag im Gemeinderat gestellt. Die Verwaltung hat daraufhin zugesagt, bei zukünftigen Neubauten, z. B. bei der Stadtbibliothek, „Toiletten für alle einplanen“ und an zentralen Orten in der Stadt oder bei konkreten Bedarfen solche Toiletten prüfen. Auch die beiden Stadtparks wollen Toiletten für alle einrichten. An die Mannheimer Ausstellungs-</p>				
--	--	---	--	--	--	--

		GmbH, die den Maimarkt ausrichtet, haben wir uns ebenfalls gewandt.				
<b>4b) Bürgerdienste</b> Die immer noch nicht stufenlos zugänglichen Bürgerdienste (Käfertal, Neckarau, Sandhofen) werden innerhalb der nächsten Legislaturperiode barrierefrei hergestellt. Dabei sollte jeder Bürgerdienst auch über eine barrierefreie Toilette verfügen.	<b>Ja</b> <b>Kommentar:</b> Die FDP setzt zusätzlich auf mehr digitale Prozesses beim Bürgerdienst, damit die Bürgerdienste nicht mehr so oft ausgesucht werden müssen.	<b>Ja</b> <b>Anmerkung:</b> Aber hier gilt eine Einschränkung für uns. Nicht jedes Gebäude ist baulich so gestaltet, dass man es barrierefrei umbauen und eine Behindertentoilette darin einrichten kann.(zum Beispiel Neckarau). Für uns gilt deshalb die Forderung, für jeden Rollifahrer/jede Rollifahrerin muss ein Bürgerdienst	<b>Ja</b>	<b>Ja</b> <b>Anmerkung:</b> Es geht nicht nur darum, noch nicht barrierefreie Bürgerdienste barrierefrei zu machen. Am Beispiel Friedrichsfeld ist es so, dass der Bürgerdienst aus einem nicht barrierefreien Rathaus, an dem man keinen Fahrstuhl anbringen lassen wollte, in Räumlichkeiten einer Volksbank	<b>Anmerkung:</b> Volle Zustimmung, dass Bürgerdienste barrierefrei erreichbar sein müssen. Barrierefreiheit der Bürgerdienste war eine der Motivationen bei der Zusammenlegung der Bezirke. Zumindest für Käfertal und Neckarau bedeutet dies aber ein Aus der Bürgerdienste am jetzigen Standort, d.h. es muss an	<b>Ja</b> <b>Anmerkung:</b> Die Zuständige Dezernentin wollte mittelfristig nur noch drei Bürgerdienste. Einer auf dem Waldhof, einer in K7 und einer im neuen technischen Rathaus auf dem Lindenhof. Die CDU-Gemeinderatsfraktion hat durch mehrere Anträge die Schließung der Vorortbürgerdienste verhindert.



		in den angrenzenden Stadtteilen mit dem ÖPNV erreichbar sein, der beides bietet.		umgezogen ist. Diese hat wohl eine Rampe, nur der Drücker, um die Tür aufmachen zu können, fehlt außen. In der Bank gibt es so einen Türöffner. Zudem ist der Bürgerservice in einem extrem kleinen Raum untergebracht, so dass nichts mehr ausgelegt werden kann und bestimmte Dienstleistungen nur noch im Jahre 2019 angeboten werden.	anderer Stelle ein (barrierefreier) Bürgerdienst neu eingerichtet werden.	Auch hat die CDU-Fraktion den barrierefreien Umbau beantragt. In Käfertal sind sogar seit Jahren die entsprechenden Mittel vorhanden. Es wird aber nicht abgearbeitet (siehe Antwort 3b)
<b>4c) Flexible Rampen</b> Sehr viele Einrichtungen (vor allem Gaststätten und Ladengeschäfte) sind weiterhin nur über Stufen zugänglich. Flexible, manuell bedienbare Rampen	Ja	Ja	Ja	Ja	Anmerkung: Die Stadt sollte das tatsächlich	Ja

<p>bieten oft die Möglichkeit z. B. für Rollstuhlnutzer*innen, trotzdem hineinzukommen. Die Stadt prüft, eventuell über Gespräche mit dem Einzelhandelsverband und dem Deutschen Hotel- und Gaststättenverband, ob solche Einrichtungen sich eine flexible Rampe anschaffen. Unserer Auffassung nach ist dies preislich vertretbar, fördert aber die Teilhabe von Menschen mit Behinderung. Bei den Konzessionen für Gaststätten muss darauf geachtet werden, dass diese barrierefreie Standards einhalten.</p>					<p>tun, kann aber nur informieren und motivieren, nicht dazu zwingen.</p>	
<p><b>4d) Kulturveranstaltungen und Feste aller Art</b> Der Gemeinderat fordert die Organisatoren von Stadtfesten und von kulturellen Veranstaltungen dazu auf, sicherzustellen, dass auch Menschen mit Behinderung daran teilhaben können (Zugänglichkeit, Vorhaltung barrierefreier Sanitäranlagen). Dies gilt insbesondere für solche Ereignisse, an denen die Stadt direkt oder indirekt selbst beteiligt ist.</p>	Ja	Ja	Ja	Ja	<p>Ja <b>Anmerkung:</b> Die städtischen Mitarbeiter*innen brauchen mit Sicherheit Unterstützung bei diesen Themen.</p>	Keine Antwort
<p><b>4e) Verständliche Sprache</b> Bei größeren öffentlichen, insbesondere städtischen Veranstaltungen, ist dafür Sorge zu tragen, dass die Informationen für lernbehinderte Menschen in verständlicher, gegebenenfalls auch in leichter Sprache zur Verfügung gestellt werden.</p>	<p>Ja <b>Anmerkung:</b> Die FDP geht hier mit gutem Beispiel voran. Das Kurzwahlprogramm der FDP zur letzten Bundestagswahl gab es bereits in</p>	Ja	Ja	Ja	<p>Ja <b>Anmerkung:</b> Wir unterstützen bereits jetzt die Arbeit und Vorschläge der AG „leichte und einfache Sprache“ der kommunalen Gesundheitsko</p>	Keine Antwort

	einfacher Sprache.				nferenz.	
<p><b>4f) Ankündigen von Ereignissen und Veranstaltungen</b></p> <p>Die Organisatoren weisen bei Veranstaltungen und in ihrer Öffentlichkeitsarbeit generell darauf hin, wenn die jeweilige Veranstaltung von Menschen mit Behinderung nicht in der gleichen Weise wie von nicht-gehandicapten Menschen besucht werden kann. Dabei ist der Grund anzugeben. Bei Veranstaltungsankündigungen sollte künftig immer auch die nächstliegende barrierefreie ÖPNV-Haltestelle angegeben werden.</p>	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja <b>Anmerkung:</b> Sehr guter Vorschlag, sollte recht unkompliziert für zumindest die städtischen Veranstaltungen umsetzbar sein.	Ja <b>Anmerkung:</b> Das gehört zur Standardverantwortung der Stadtverwaltung seit vielen Jahren.
<p><b>4g) Teilhabe hilfloser Personen am Schwerstgehbehindertentransport der Stadt</b></p> <p>Personen mit dem Behindertengrad „H“ wie hilflos werden in den Kreis der Berechtigten des Schwerbehinderten-Beförderungsdienstes der Stadt aufgenommen.</p>	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja <b>Anmerkung</b> Offen gesagt, wussten wir nicht, dass dies bislang nicht so ist.	Ja <b>Anmerkung:</b> Siehe Punkt 1d.
<p><b>4h) Unterstützte Kommunikation</b></p> <p>Auch im nachschulischen Bereich werden in Werkstätten sowie in Förder- und Betreuungsgruppen für ALLE Menschen nach Bedarf ausreichend elektronische Kommunikationshilfen seitens der zuständigen Kostenträger zur Verfügung gehalten. Ebenso müssen ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, um den erhöhten Bedarf an personellen Ressourcen bewältigen zu können.</p>	Ja	Ja <b>Anmerkung:</b> Hier ist aber nicht nur die Stadt in der Pflicht, sondern eine Vielzahl an Kostenträgern.	Ja	Ja	Ja <b>Anmerkung:</b> Sollte doch eindeutig im Rahmen der künftigen „Hilfeplanungen“ und persönlichen Budgets selbstverständlich werden.	Ja <b>Anmerkung:</b> Dies ist in § 78 SGB IX geregelt „Assistenzleistungen für Menschen mit Behinderungen“.

<p><b>5. Arbeit</b></p> <p><b>5a) Aktive Rolle der Stadt</b></p> <p>Die Stadt setzt sich aktiv dafür ein, die Integration behinderter Menschen in den allgemeinen Arbeitsmarkt stärker zu fördern.</p>	Ja	<p>Ja</p> <p><b>Anmerkung:</b></p> <p>Mit dem Landesarbeitsmarktprogramm „Gute und sichere Arbeit“ hat die SPD sich damals in Regierungsverantwortung schon vor Jahren auf Landesebene für die Integration stark gemacht.</p>	Ja	Ja	Ja	Keine Antwort
<p><b>5b) Erster Arbeitsmarkt und Fördermittel</b></p> <p>Um von einem Perspektivenwechsel sprechen zu können, muss sichergestellt werden, dass höhere Mittel zur Verfügung gestellt werden, um dauerhaft Arbeitsplätze auf dem Ersten Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderung zu fördern.</p>	Ja	<p>Ja</p> <p><b>Anmerkung:</b></p> <p>Siehe oben</p>	Ja	<p>Ja</p> <p><b>Anmerkung:</b></p> <p>Solange es so ist, dass sich Unternehmen ganz billig freikaufen können, wird sich an der Situation von erwerbslosen Menschen mit Behinderung, die zumeist langzeiterwerbslos sind,</p>	<p>Ja</p> <p><b>Anmerkung:</b></p> <p>Auch, wenn zu wenig kommuniziert, ein immer wiederkehren des Thema in der Zusammenarbeit mit Arbeitsagentur und Jobbörse.</p>	<p>Ja</p> <p><b>Anmerkung</b></p> <p>Die Stadt Mannheim ist seit Juli 2018 als Träger der Eingliederungshilfe zu aktivem Handeln verpflichtet. Die Stadt Mannheim selbst beschäftigt deutlich mehr</p>

				nichts ändern. Der Anreiz zur Beschäftigung von Menschen mit Behinderung muss darin liegen, dass der Arbeitgeber den nicht besetzten Arbeitsplatz zweimal bezahlen muss.		Menschen mit Behinderung als die gesetzliche Vorgabe bestimmt.
<b>5c) Arbeitsassistenten</b> In Werkstätten für Menschen mit Behinderung (WfBs) soll seitens der Träger eine ausreichende Zahl an Personal zur Verfügung gestellt werden (Arbeitsassistenten). Dies ist momentan nicht der Fall. Arbeitsassistenten kann auch für barrierefreie Arbeitsplätze auf dem Ersten Arbeitsmarkt hilfreich sein.	Ja	Ja	Keine Antwort	Keine Antwort	Ja <b>Anmerkung:</b> ein wichtiges bundespolitisches Thema.	Ja <b>Anmerkung:</b> bedarfs- und anforderungsgerecht. Siehe auch Bundesteilhabegesetz.
<b>6. Gemeinderat und Wahlen</b> <b>6a) Aktionsplan „Mannheim – Auf dem Weg zur behindertenfreundlichen Stadt“</b> Der Aktionsplan wird zeitnah aktualisiert. Jedes Gemeinderatsmitglied erhält nach Fertigstellung ein Exemplar des Aktionsplans. Der Aktionsplan wird an alle wichtigen sozialpolitischen Akteure kommuniziert.	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja <b>Anmerkung:</b> Die vielfältigen Beschlüsse des Gemeinderates zur Teilhabe für Menschen mit Behinderung

						<p>sind öffentlich zugänglich. Vom Grundsatzbeschluss: "Leben mit Behinderung" bis hin zu den Detailausarbeitungen:</p> <p>Modul 1: Teilhabe am Arbeitsleben</p> <p>Modul 2: Wohnen</p> <p>Modul 3: Soziale und gesellschaftliche Teilhabe</p>
<p><b>6b) OB lädt einmal im Jahr ein</b> Der Oberbürgermeister lädt einmal jährlich zu einer Gemeinderatssitzung ein, auf der über den Stand der Umsetzung des Aktionsplanes in Verwaltung und Gemeinderat beraten wird. Dazu werden Personen, Gruppen und Organisationen eingeladen, die in der Behindertenpolitik aktiv sind.</p>	<p>Ja</p>	<p>Ja</p>	<p>Ja</p>	<p>Ja</p>	<p><b>Anmerkung:</b> Im Sinne der Beteiligung der Betroffenen ist ein OB-Bericht im Gemeinderat nicht das geeignete Format und zu</p>	<p><b>Ja</b> <b>Anmerkung:</b> Diese Anregung greift die CDU-Gemeinderatsreaktion auf. Dennoch stehen natürlich die Fragen</p>

					wenig.	Eingliederungshilfe dauerhaft im zuständigen Fachausschuss "WAS" auf der Agenda. Darüber hinaus gibt es den AK Eingliederungshilfe speziell für die Belange der Menschen mit Behinderungen
<p><b>6c) Wahllokale</b>                  Die Kommunal- und Europawahlen werden in barrierefreien Wahllokalen durchgeführt. Für Menschen mit Sinneseinschränkungen muss die Wahl mit geeigneten Mitteln ermöglicht werden. Behördliche Informationen in Wahllokalen werden auch in einfacher Sprache bereit gehalten.</p>	Ja	Ja	Ja	Ja	<p><b>Ja</b>  <b>Anmerkung:</b>                  Leider aktuell nicht in jedem Wahllokal realisierbar.</p>	<p><b>Ja</b>  <b>Anmerkung:</b>                  Nach Kenntnisstand der CDU-Gemeinderatsfraktion ist die Mehrheit der Wahllokale barrierefrei. Verbesserungsvorschläge nehmen wir gerne entgegen.</p>
<p><b>6d) Wahlveranstaltungen</b></p>	Ja	Ja	Ja	Ja	<p><b>Anmerkung:</b></p>	<p><b>Ja</b></p>

<p>Die von den politischen Parteien organisierten Wahlveranstaltungen werden in barrierefreien Räumlichkeiten (stufenlos oder mit Aufzug) durchgeführt. Bei Ankündigungen in den Medien wird darauf hingewiesen, wenn ein Veranstaltungsort diesen Anforderungen nicht genügt. Auf Wunsch werden Gebärdensprachdolmetscher bereit gehalten.</p>	<p><b>Anmerkung:</b> In den letzten Jahren haben wir in unseren Einladungen darauf hingewiesen, wenn die Veranstaltungsorte nicht barrierefrei waren. Die lokalen Parteien arbeiten ehrenamtliche und mit sehr geringen Budgets, die regelmäßige Bereitstellung eines Gebärdensprachdolmetscher übersteigt die Möglichkeiten gerade der kleineren Parteien.</p>	<p><b>Anmerkung:</b> Allerdings können wir hier nur für die SPD sprechen.</p>			<p>Parteien haben es in „Wahlkampfzeiten“ schwer, geeignete Räumlichkeiten zu finden, weil städtische Räume dann nicht genutzt werden können. Ein Hinweis bei Veranstaltungsankündigungen ist sinnvoll. Leider gibt es zu wenige Gebärdendolmetscher, so dass sie kurzfristig so gut wie nie Zeit haben.</p>	<p><b>Anmerkung:</b> Da es Parteien im Wahlkampf verboten ist städtische Räumlichkeiten zu nutzen ist dies nicht immer umsetzbar.</p>
<p><b>6e) Barrierefreie Informationen</b> Die Parteien sorgen dafür, dass ihre Informationen in elektronischen und in Printmedien barrierefrei gestaltet werden.</p>	<p><b>Ja</b> <b>Anmerkung:</b> Soweit im Ehrenamt</p>	<p><b>Ja</b> <b>Anmerkung:</b> ... siehe oben</p>	<p><b>Ja</b></p>	<p><b>Ja</b></p>	<p><b>Ja</b> <b>Anmerkung:</b> Sicherlich sind die</p>	<p><b>Ja</b> <b>Anmerkung:</b> Die CDU ist bemüht bei</p>



	umsetzbar				Bemühungen der verschiedenen Parteien und auch bei derselben Partei bei verschiedenen Anlässen sehr unterschiedlich. Auch wir GRÜNE haben da noch einiges zu leisten.	die elektronischen Medien und auch Printmedien barrierefrei zu gestalten. Die Kosten verhindern oftmals die komplette Umsetzung.
<b>7. Was brennt Ihnen besonders auf den Nägeln? Welche Probleme im Bereich von Menschen mit Behinderung würden Sie gerne aufgreifen und sind Ihnen so wichtig, dass Sie diese auch in den Gemeinderat einbringen und dort thematisieren würden? Bitte führen Sie dies hier aus:</b>	Wichtig ist uns eine frühere Einbeziehung der Verbände und AGs in die Bau- und Verkehrsplanungen der Stadt, um berechnete Verärgerung und Folgekosten bei späterer Nachbesserung zu	Für uns sind die „Toiletten für Alle“ ein wichtiges Thema bei allen Um- und Neubauten. Zur Stadtbücherei und den Parks haben wir schon Anträge dazu eingebracht. Ein Thema bei der BUGA, den Parks und auf großen	Beförderungsdienst für Behinderte Zugang zu öffentlichen Gebäuden, Schulen und Kindergärten  Zu 1b) Kommentar: Offensichtlich haben wir den Kontakt der AG Barrierefreiheit zur RNV falsch	Wenn Menschen mit Behinderung abends in der Stadt unterwegs sind und kein Fahrdienst organisiert werden kann, wäre es nicht schlecht, wenn es - analog zu den Frauentaxis – auch genügend behindertenge	Wie schaffen wir den notwendigen Bewusstseinswandel hin zur Inklusion?  Inklusion reicht weit über die Themen Körper- und Sinnesbehinderung hinaus!  Wie gewährleisten wir die	a) Für die CDU-Gemeinderatsfraktion hat die vollständige Umsetzung des neuen BTHG bis zum Jahre 2023 Priorität in unserer Stadt. Sicherung der  b) Grundsicherung im Alter für Menschen mit Behinderungen

	<p>vermeiden und <b>„Mannheim – Auf dem Weg zur behindertenfreundlichen Stadt“</b> mit Leben zu füllen.</p>	<p>Spielplätzen sind für uns Rollischaukeln, von denen wir mehr in der Stadt wollen.</p>	<p>bewertet. Nachdem in zahlreichen Sitzungen der AGB Barrierefreiheit stets ein RNV-Vertreter vor Ort in der Alphornstraße war, haben wir eine gute Zusammenarbeit unterstellt. Erst über die Pressemeldung im MM haben wir erfahren, dass dies ein großer Irrtum unsererseits gewesen ist. Aktuell steht unser Antrag 119/2019 im Hauptausschuss am 04.04.2019 auf der Tagesordnung (Anlage). <a href="#">Ergänzung</a></p>	<p>rechte Taxengebühren, die auch finanziell von der Stadt bezuschusst werden.</p>	<p>Teilhabe und Mitgestaltung durch unserer Mitbürger*innen mit Behinderungen bei den Entscheidungsprozessen in unserer Stadt ganz selbstverständlich?</p>	<p>n überarbeiten.</p>
--	---	--	---	--	--	------------------------

			<p><i>AGB: Der Antrag fordert die Verwaltung auf, sich mit der Kritik der Behindertenverbände und der AG Barrierefreiheit an den neuen Stadtbahnen auseinanderzusetzen und dem Gemeinderat darüber zu berichten.</i></p>			
--	--	--	--	--	--	--